

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 10

Artikel: Erklärung von Linus Pauling
Autor: Pauling, Linus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140487>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

chen Lama» oder ein Regent die geistliche Regierung ausübt (Panchen = kostbar). Der gefundene Gott-Knabe wird nach Lhasa gebracht, wo er im Potala, dem königlichen Palast, aufwächst, sorgsam gepflegt und von ausgesuchten Lehrern unterrichtet wird. Bis zu seinem 18. Jahre regieren ein Regent und der Oberste Priester in seinem Namen. Tibet hat außerdem noch eine sekuläre Regierung, die aus dem Regenten und sechs Ministern besteht und die weltlichen Staatsgeschäfte besorgt. Der jetzige Dalai Lama, zurzeit als Flüchtling in Indien, wird von westlichen Besuchern als ein Jüngling von großem Wissensdurst, geistiger Aufgeschlossenheit und erstaunlichem Gedächtnis geschildert.

Seine Residenz, der Potalapalast, übt als Bauwerk auf Besucher einen überwältigenden Einfluß aus, nicht nur durch seine Größe. Er hat 13 Stockwerke und über 1000 Zimmer, zu denen sich ausseitig eine imposante Treppe emporschlängelt. Auf dieser schleppen Sklaven täglich das benötigte Wasser zu den Gemächern des Dalai Lamas, der den höchsten Stock bewohnt. In diesem Palast, wie in den tausenden von Klöstern, die wie aus den Felsen herauszuwachsen scheinen oder auf Felsenklippen hocken oder an Steilabhängen kleben — hat die tibetische Kunst Leistungen aufzuweisen —, finden die Besucher nicht nur Galaräume, sondern auch von Schmutz starrende dunkle Höhlen und von Butterlämpchen schwach beleuchtete Kapellen, in deren Opferschalen Ratten und Mäuse sich an den dargebrachten Gaben gütlich tun. Die Religion verbietet, sie zu töten.

Alice Herz

(Fortsetzung folgt)

Erklärung von Linus Pauling

Der Konflikt, den Professor Linus Pauling mit dem USA-Senatsausschuß für interne Sicherheit hatte (siehe «Neue Wege» Juli/August 1960), sollte am 5. Oktober vor dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ausgetragen werden. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt. Wir veröffentlichen nachstehend die Erklärung, die Professor Linus Pauling nach seinem Verhör vom 12. Juli 1960 durch den Senatsausschuß abgab.

Red.

Am Samstag, 18. Juni, sprach ich an der Jahresversammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit im Willard Hotel, Washington, D. C., über die Notwendigkeit des Weltfriedens. Nach meinem Vortrag wurde mir eine behördliche Aufforderung übergeben, des Inhalts, ich solle am 20. Juni vor dem Internen Sicherheitsausschuß des USA-Senats erscheinen, um Aussagen zu machen «über kommunistische Teilnahme oder Unterstützung an der Propaganda-Kampagne gegen Nuklearversuche, wie auch andere kommunistische oder kommunistisch inspirierte (Communist Front) Tätigkeit, von der Sie Kenntnis haben mögen».

Als ich zur vorgeschriebenen Zeit mit meinem Anwalt, Mr. A. L. Wirin von Los Angeles, erschien, teilte man uns mit, daß das Verhör um einen Tag verschoben worden sei. Am selben Nachmittag schickte ich dem Präsidenten des Senats-Unterausschusses folgendes Telegramm:

«Die Aufforderung, in der Sie mir befehlen, vor Ihrem Unterausschuß zu erscheinen, um über die Kampagne gegen Nuklearversuche auszusagen, gab nicht bekannt, daß die Verhandlung geheim sei. Als ich heute morgen erschien, war ich überrascht zu erfahren, daß die Verhandlung, die Sie auf morgen vormittags 8 Uhr verschoben haben, eine Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse sein soll. Ich liebe diese Geheimhaltung nicht und ich wünsche meine Aussagen in aller Öffentlichkeit zu machen. Ich habe nichts mitzuzeigen, das geheim gehalten werden muß, und ich bedarf nicht des Schutzes eines Geheimverhörs noch wünsche ich ihn. Übrigens stellen die Prozedurvorschriften Ihres Unterausschusses fest, daß alle Aussagen, die in Geheimsession gemacht werden, auch geheim gehalten werden, stellen es aber dem Unterausschuß anheim, beliebige Teile meiner Aussagen nach seiner Wahl für die Veröffentlichung frei zu geben; dies könnte sich offenbar höchst nachteilig für mich auswirken, indem eine bloße Auswahl von Teilen meiner Aussage die Bedeutung meiner ganzen Aussage verfälschen könnte. Nach Ihren Vorschriften habe ich weiter kein Recht auf eine Abschrift meiner Aussagen, es sei denn sie werden in öffentlicher Session gemacht und zu Protokoll gegeben. Ich bestehe aber darauf, eine Abschrift meiner Aussage ausgehändigt zu erhalten. Aus diesen Gründen ersuche ich Sie höflich, das Verhör, in welchem ich meine Aussage mache, öffentlich und nicht geheim durchzuführen.»

Der Unterausschuß erklärte sich damit einverstanden, das Verhör öffentlich abzuhalten. Es fand statt von 10.15 Uhr bis 11.50 Uhr vormittags und von 2.25 Uhr bis 3.15 Uhr nachmittags unter dem Datum des 21. Juni. Anwesend waren die Senatoren Dodd (als Präsident), Johnston, Keating und Cotton.

Fast alle Fragen, die man mir stellte, bezogen sich auf den Appell amerikanischer Wissenschaftler und die Petition von 11 021 Wissenschaftern aus 49 Ländern an die Vereinten Nationen, die verlangt, daß ein internationales Abkommen betreffend Einstellung der Versuche mit Nuklearwaffen gemacht werde. Diese Petition hatte ich am 15. Mai 1957 geschrieben und sie am 15. Januar 1958 Mr. Dag Hammarskjöld übergeben. Ich bestätigte die Korrektheit einer Photokopie der Liste von 11 021 Wissenschaftern, die die Petition unterzeichnet hatten, wie sie im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York hinterlegt ist. Ich beantwortete viele Fragen über die Petition und die Art, wie die Unterschriften gewonnen worden waren.

Der Kommunismus wurde während der Verhandlung nur ganz kurz erwähnt. Man zeigte mir einen Brief, datiert vom 22. Februar

1951, der meinen und den Namen von fünf anderen Männern in Schreibmaschinenschrift trug. Man fragte mich, ob ich die fünf Männer kenne und ob ich wisse, daß sie Kommunisten seien. Meine Antwort war, daß ich zwei von den Männern kenne und daß mir nicht bekannt sei, daß irgend einer von ihnen Kommunist sei. Der Brief hat gar keinen Bezug zur Nuklearversuchspetition.

Nachdem ich die Photokopie mit den 11 021 Namen der Unterzeichner der Petition an die Vereinten Nationen identifiziert hatte, wurde ich gefragt, ob ich bereit sei, dem Unterausschuß die Original-Unterschriften zu zeigen, worauf ich antwortete, ich sei dazu bereit. Man fragte mich ferner, ob ich willens sei, dem Unterausschuß die Namen der Wissenschaftler bekanntzugeben, an die ich Abschriften der Petition geschickt hatte, mit der Bitte, daß sie sie unterzeichnen und andere Wissenschaftler veranlassen, sie zu unterschreiben. Ich erwiederte, daß nach meiner Auffassung, der Empfänger eines Briefes keine Verantwortung trägt, daß die Verantwortung für die Auswahl der Leute, an die ich schrieb und Kopien der Petition schickte, meine Verantwortung sei, und daß ich mich bereit erkläre mitzuteilen, an wen ich der Petition wegen geschrieben habe. Hierauf stellte man mir die Frage, ob ich willens sei, dem Unterausschuß die Namen der Wissenschaftler bekanntzugeben, die Kopien der Petition mit Unterschriften zurückgeschickt haben, wie auch die Anzahl der Unterschriften, die jede dieser Personen mir zugestellt hatte. Auf diese Frage antwortete ich wie folgt:

«Ich bin verantwortlich für meine Handlungen. Ich schrieb die Petition und ich schickte sie an diese Wissenschaftler und bat sie, Unterschriften für sie zu sammeln. Ich wählte sogar die vielen Personen aus, an die Petitionen geschickt werden sollten. Ich glaube, daß mein Ruf und Beispiel viele jüngere Leute veranlaßt haben mag, auf diese Weise für den Frieden zu arbeiten. Mein Gewissen erlaubt mir nicht, mich selbst zu schützen, indem ich diese idealistischen und optimistischen Leute preisgebe, und ich werde es auch nicht tun. Aus Gewissensgründen und aus Treue meinen Prinzipien gegenüber und um der öffentlichen Moral willen habe ich mich entschlossen, der Forderung dieses Unterausschusses nicht nachzukommen.»

Mein Anwalt wies darauf hin, daß meine rechtliche Stellung auf die Erklärung gegründet werden kann, daß die Forderung des Unterausschusses nicht zur gesetzlich erlaubten Untersuchung durch den Unterausschuß gehört, und daß ein Eingehen auf diese Forderung meine Gewissensfreiheit, die Freiheit der Assoziation und Meinungs- und Redefreiheit, die durch den ersten Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten garantiert sind, verletzt würden.

Zur Erklärung meines Entschlusses fügte ich hinzu: «Das Sammeln von Unterschriften auf Petitionen ist ein wichtiger Bestandteil des demokratischen, politischen Lebens. Sollte es abgeschafft oder stark

gehindert werden, so wäre das für unsere Nation ein Abstieg, vielleicht auf eine Diktatur oder einen Polizeistaat hin.

Mir liegt das Schicksal unserer Nation, der Vereinigten Staaten von Amerika, sehr am Herzen, ebenso das Funktionieren der Schutzmaßnahmen, die in der Verfassung und «Bill of Rights» (Erklärung der Parlamentsrechte) verankert sind. Nun mag mir dieser Unterausschuß noch so viele Zusicherungen geben über die Verwendung der Namen von Leuten, die meine Petition zirkulieren ließen, ich bin überzeugt, daß diese Namen zu Repressalien verwendet würden, gerade gegen diese begeisterten, idealistischen, edelgesinnten Friedensfreunde, die noch auf das demokratische Verfahren vertrauen. Ich bin davon überzeugt, weil ich selbst die Epoche des McCarthy-Regimes durchgemacht und in einem gewissen Grade darunter gelitten habe, wenn ich mich auch nicht darüber auslassen will. Ich bin davon überzeugt, weil ich das Funktionieren des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen unamerikanische Tätigkeit und dieses Senatsausschusses für interne Sicherheit zu beobachten Gelegenheit hatte. Ich habe das Gefühl, daß, wenn diese Namen Ihrem Unterausschuß preisgegeben werden sollten, die Sache des Weltfriedens einen schweren Rückschlag erleiden würde. Unsere Nation steht heute in großer Gefahr, in größerer Gefahr als je. Die Gefahr kommt nicht vom Frieden oder von den Leuten, die für den Frieden arbeiten oder von Personen, die Petitionen zirkulieren lassen mit der Forderung nach internationalen Gesetzen und internationalen Abkommen. Die Gefahr kommt von den Vorräten an Kernwaffen, die in der Welt heute bestehen und die stark genug sind, die Welt zu zerstören. Sie haben weit mehr als nur die Fähigkeit, die ganzen Vereinigten Staaten zu zerstören und alle Amerikaner umzubringen und gleichzeitig ganz Sowjetrußland zu verwüsten und alle Russen umzubringen. Diese Gefahr, die Gefahr der Zerstörung durch einen Kernwaffenkrieg, würde noch weit größer als sie heute ist, wenn dem Kampf um den Frieden in der Welt, um Frieden und internationales Recht und internationale Abmachungen Hindernisse in den Weg gelegt würden.

Gegenwärtig werden bei uns in den Vereinigten Staaten hinterhältige und gefährliche Angriffe gegen unsere Regierung gemacht, insofern sie sich bemüht, internationale Abkommen über Einstellung der Nuklearversuche und Abrüstung herbeizuführen. Diese Angriffe erfolgen durch Vertreter der Rüstungsindustrien, die vom Kalten Krieg profitieren. Von einem Thomas G. Lanphier, Junior, zum Beispiel, der, wie die «New York Times» mitteilt, entweder aus seinem 60 000-Dollar-Job bei einer Firma von Raketenfabrikanten entlassen oder beurlaubt ist, um die Erklärung abgeben zu können, daß wir keine internationalen Abkommen treffen, wohl aber unser Verteidigungsbudget um 15 Milliarden Dollar erhöhen sollten, um uns auf den kommenden Krieg vorzubereiten. Zu diesem Angriff tragen auch unzuverlässige und betont an die Gefühle appellierende H-Bomben-Wissenschaftler

wie ein Dr. Edward Teller bei, oder Leute wie Mr. Gerhardt D. Bleicken, Vizepräsident der John-Hancock-Versicherungsgesellschaft, und Mitglied des Akademieausschusses für Zivilschutz, der kürzlich in einem im Dezember 1959 veröffentlichten Artikel (Political Sciences Quarterly) erklärte, weder unsere Verteidigung noch unsere Sicherheit beruhten auf internationalen Abkommen; sie beruhen nach ihm nur auf der Erhöhung unserer Zerstörungskräfte und unserer Fähigkeit, der Welt unter Drohung eines Nuklearangriffs unseren Willen aufzuzeigen. Er sagt nicht gerade ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit und Moral, aber er sagt tatsächlich, daß wir der Welt unter Drohung eines Nuklearangriffs unseren Nationalwillen aufzwingen müssen.

Es sind sogar Reden im USA-Senat gehalten worden, in denen verlangt wurde, daß wir unsere Bemühungen um internationale Abkommen über die Kontrolle von Kernwaffen und Abrüstung aufgeben und uns anstatt dessen für unsere Sicherheit auf ein ständiges Übergewicht an großen Kernwaffen verlassen, das heißt, ein Übergewicht gegenüber der UdSSR.

Wenn nun zwei Völker, die UdSSR und die USA, Jahr für Jahr versuchen sollten, diese Politik des gegenseitigen Übertrumpfens an Zerstörungskräften durchzuführen, dann wären wir wahrlich dem Untergang geweiht, dann würde der Kernwaffenkrieg, der die Welt zerstören wird, mit Sicherheit eintreffen.

Ich bin der Überzeugung, daß der Kampf um Frieden, Moral und Gerechtigkeit auf der Welt heutzutage verstärkt werden muß, und ich habe mir vorgenommen, für den Frieden in der Welt und internationale Abkommen über Abrüstung zu tun was ich nur kann; immer natürlich in der Weise, daß solche Abkommen die Sicherheit der Vereinigten Staaten erhöhen, nicht vermindern, und daß sie Kontrolle und Inspektion einschließen.»

Meine Schlußerkklärung lautete: «Darf ich nun eine Erklärung abgeben, die sich auf meine Vorladung vor diesen Unterausschuß und deren Wirkung auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten bezieht? Ich glaube, daß die Bemühungen, die ich seit 1945 gemacht habe, von einiger Bedeutung sind. Ein Teil meiner Bemühungen schloß in sich die Abfassung jenes Appells, der zur Petition an die Vereinten Nationen wurde. Zu meinen Bemühungen gehörte weiter, daß ich Briefe an Wissenschaftler richtete und sie bat, Unterschriften für die Petition zu sammeln. Ferner gehörte dazu, daß ich den Appell an Präsident Eisenhower übergab und hernach die Petition an die Vereinten Nationen.

Wenn ich Ihrer Forderung nachkäme und Ihnen die Namen der Leute preisgabe, die mir Begleitbriefe mit Namen und Unterschriften auf diesen Petitionen zukommen ließen, wäre es mir aus Gewissensgründen unmöglich, bei solchen Bemühungen weiter mitzuwirken, ich könnte eine ähnliche Petition nicht mehr schreiben, ebensowenig wie Briefe an andere Personen mit der Bitte um Unterschriften. Denn da-

durch würde ich sie meiner Überzeugung nach in eine Lage versetzen, die für sie voller Schwierigkeiten werden könnte. Die Unterzeichner der Petition, die ich verfaßte, sind bekannt. Sie haben die Namen, Sie können jeden beliebigen von ihnen vorladen und ihn fragen: „Sammelten Sie Unterschriften oder nicht?“ oder „Wurden Sie irgendwie dazu gedrängt, wurde irgendwelcher Druck auf Sie ausgeübt, damit Sie unterzeichneten?“ oder ihnen irgendwelche andere Fragen stellen, wie es Ihnen beliebt. Aber soviel ist sicher, und ich muß es wiederholen, wenn ich Ihrer Forderung nachkäme, müßte ich meine Arbeit aufgeben.»

Man befahl mir dann, am 9. August 1960 vor dem Unterausschuß zu erscheinen und alle Originalunterschriften auf der Petition vorzulegen, zusammen mit allen Begleitbriefen, in welchen oder im Zusammenhang mit welchen solche Unterschriften mir zugestellt oder von mir empfangen worden waren.

Ich teilte der Presse mit, daß ich dem zweiten Teil dieses Befehls aus Gründen, die ich im Verhör angegeben habe, nicht nachkommen würde.

Das Datum des zweiten Verhörs ist vom 9. August soeben auf den 15. September verschoben worden.

Linus Pauling

Lehrfreiheit in Deutschland?

(Schluß)

«*Andere Zeitung*, Nr. 62/1960:

... Als Herr Kultusminister Schütz vor mehr als einem halben Jahr vom Dozentenkollegium der Pädagogischen Akademie in Wuppertal tatsächlich um Schutz für die in ungehöriger Weise angegriffene Professorin angegangen wurde, ließ er nichts von sich hören. Der sonst recht tatkräftige Mann ließ sich viel Zeit zum Nachdenken. Das Ergebnis war statt eines Schutzes die Degradierung der Vertrauensdozentin zahlreicher Kommilitonen an der Pädagogischen Akademie. Und das einen Tag vor den Ferien und vor Beginn der Prüfungen...

Dabei hat Herr Schütz Beispiele dafür erbracht, daß er sehr wohl ein Förderer und Beschützer sein kann. So verwendete er sich im Jahre 1941 für einen gewissen Anwaltsassessor Erik Fuchs, der vom 16. September 1937 bis zum 1. Juni 1940 in seiner Rechtsanwaltspraxis tätig war. Der damalige Rechtsanwalt Werner Schütz schrieb über seinen Schützling Fuchs:

«Anwaltsassessor Fuchs war, wie mir bekannt ist, schon lange vor dem Beginn seiner Beschäftigung bei mir Mitglied der NSDAP und SA. Ich habe mich mit ihm vielfach über nationale und politische Fra-